

Medienmitteilung vom 3. November 2010

Was passiert mit der FDP-Bürokratie-Initiative?

2007 sagten die Schwyzerinnen und Schwyzer gegen den Antrag der Regierung mit 67 Prozent überaus deutlich Ja zur FDP-Initiative «Für weniger Bürokratie». Doch was tut sich beim Kanton in diesem Anliegen?

Dass vor drei Jahren mitten im Wahlkampf innert kürzester Zeit 3'000 Stimmen für eine Initiative gesammelt werden konnten, zeigte deutlich, dass die damaligen Initianten den Puls des Volkes gespürt haben. Die FDP-Initiative «Für weniger Bürokratie» wurde schliesslich vom Souverän auch überraschend hoch mit 67 Prozent angenommen. Und dies, obwohl die Regierung und auch die Mehrheit der Rechts- und Justizkommission des Kantonsrats diese ablehnten.

Abmachung mit Regierung

Eine Verankerung einer nicht einklagbaren Grundsatzbestimmung in der Kantonsverfassung sei nicht erforderlich, sagten die damaligen Gegner. Das Volk sah dies aber anders und erteilte mit dem deutlichen Ja einen klaren Auftrag in Richtung Parlament und Regierung. Seither sind über drei Jahre vergangen und die Regelungsdichte und administrativen Belastungen vor allem für KMU's (und auch Private) ist nicht wirklich besser geworden. Dafür hat die FDP Schweiz das Thema aufgegriffen und lancierte am 23. Oktober die nationale «Bürokratie-Stopp-Initiative».

Was passiert nun aber im Kanton Schwyz? FDP-Parteipräsident Vincenzo Pedrazzini und auch der damalige Leader, der Arther Kantonsrat Kuno Kennel, sind sich einig, dass die Forderungen in die Verfassung müssen. «Wir haben uns mit der Regierung so abgesprochen, dass wir die neue Kantonsverfassung, über die voraussichtlich im nächsten Frühling abgestimmt wird, abwarten», sagte Pedrazzini. «Die Verfassungskommission hat den Anliegen grosse Rechnung getragen und auch im Parlament sind nach der ersten Lesung diesen Mai die Forderungen der Initianten goutiert worden», sagt Pedrazzini weiter. So heisst es in der neuen Kantonsverfassung unter Artikel 2, Absatz 3: «Der Staat handelt volksnah und sorgt für einfache Verfahren» oder unter Artikel 19, Absatz 1: «Der Staat schafft günstige Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, die es Unternehmen und Erwerbstätigen ermöglichen, sich im Wettbewerb zu behaupten».

Kampf gegen unnötige Gesetze

Die Initiativ-Anliegen sind in der neuen Verfassung gut verankert, meint auch Kantonsrat Kuno Kennel: «Sollte die neue Kantonsverfassung nächstes Jahr angenommen werden, wird die FDP aber mit Sicherheit grosses Augenmerk auf die effektive Umsetzung der Anliegen der Bürokratie-Initiative legen.» Die FDP werde es aber auch zwischenzeitlich nicht unterlassen, sich gegen überflüssige Bürokratie zu wehren, ergänzt Vincenzo Pedrazzini. «Ein solcher Fall ist aktuell zum Beispiel das überladene Gastgewerbegesetz.»

Text: Roger Bürgler